

factor^y

Magazin für nachhaltiges Wirtschaften



© picstive - Fotolia.com

Thema

TEILHABE

Haben zum Teilhaben Wenn Bürger sich beteiligen Wo kämen wir hin,
wenn andere entscheiden? Gleiches Geld für gleiche Arbeit Mit Anteilen
gegen die Krise Mikrokredite helfen - oder nicht? Chefs auf dem Prüfstand
Genossen für Energie und Region

Teilhaben – teilen um mehr zu haben



© Everett Collection

Despoten fallen, Piraten kommen, Wutbürger protestieren und bei der Energiewende machen alle mit. Teilhabe ist das neu entdeckte Ding für mehr Demokratie im zweiten Jahrtausendjahrzehnt. Ob Occupy Wallstreet und Platzbesetzungen, ob Open Data oder die eigene Dachanlage: Weltweit fühlen sich in der Wohlstandsgesellschaft immer mehr Menschen ausgeschlossen von Entscheidungen, die ihr Leben und ihre Zukunft bestimmen.

Der Abstand zwischen denen, die entscheiden und denen, die es dadurch nicht besser haben, wird immer größer. Das Ende des Teilhabekapitalismus, der Wohlfahrt für alle durch ständiges Wachstum, wird für die meisten Menschen in den Industrieländern immer offensichtlicher. Und auch diejenigen, die in den sich entwickelnden Ländern abgehängt werden, erkennen im praktizierten Modell keine stabile Basis für ihre Zukunft. ►

Statt eines bisher üblichen „alternativlosen“ „Weiter so“ regt sich Widerstand. Das Recht auf Teilhabe, auf mehr als ein Stück vom Kuchen, auf die Möglichkeit, die Größe und den Geschmack mitbestimmen zu können, fordern Menschen ein - und machen Druck. Auf Regierungen, durch Weigerung oder Initiative. Weil das schon immer so war, sind überhaupt heutige Teilhabebedingungen entstanden. Doch bei der so notwendigen nachhaltigen Entwicklung zum Erhalt der Lebensgrundlagen aller greifen sie inzwischen zu kurz.

Dabei ist die Beachtung ökologischer, ökonomischer und sozialer Teilhabe eigentlich der Schlüssel für die Gerechtigkeit zwischen und über Generationen. Schließlich war das auch der Ansatz der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992. Was daraus geworden ist, sehen wir heute. Wie wir stattdessen mit Teilhabe mehr erreichen können, dazu soll dieses Magazin anregen. Wir, die Herausgeber, Autoren, Redaktion und Grafik, hoffen, dass es gelingt.

Ralf Bindel,
Redaktion



BUCHTIPP:

ISBN 978-3-932309-35-9

Änderungen vorbehalten!

Sichern Sie sich
ein Exemplar
und bestellen Sie
schon jetzt!



JETZT NEU!

Ökologisch, fair ... Ausgabe für Berlin & die neuen Bundesländer

Ihr Einkaufsführer für nachhaltigen
Konsum und gutes Leben!

In Kürze erhältlich! dort wo es Bio-Produkte gibt.

G U T S C H E I N :

... für kostenlose Exemplare, bitte gewünschte Ausgabe(n) ankreuzen,
Ihre Adresse und € 1.45 Porto in Briefmarken
pro Buch an uns senden.

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Hamburg/Schleswig-Holstein | <input type="checkbox"/> Berlin/neue Bundesländer |
| <input type="checkbox"/> Nordrhein-Westfalen | <input type="checkbox"/> Niedersachsen/Bremen |

Verlag Das grüne Branchenbuch
Lasbeker Straße 9 • 22967 Tremsbüttel • Tel. 04532-21402 • Fax: 04532-22077
service@gruenes-branchenbuch.de • www.gruenes-branchenbuch.de



9

factor.v

Inhalt

Inhalt

- 2 Teilhaben – teilen um mehr zu haben
- 6 Zahlen und Fakten
- 8 Die Wordcloud zur Teilhabe
- 9 Haben zum Teilhaben
- 14 Wenn Bürger sich beteiligen
- 19 Wo kämen wir hin, wenn andere entscheiden?
- 24 Gleiches Geld für gleiche Arbeit
- 28 Mit Anteilen gegen die Krise
- 33 Mikrokredite helfen. Oder nicht?
- 39 Chefs auf dem Prüfstand
- 43 Genossen für Energie und Region!
- 47 Impressum



39

43



28



19



14



33



24

1/5

Das reichste 1/5 der Menschheit, 1,7 Milliarden Menschen, verbraucht rund 4/5 aller Ressourcen. Doch während die Umweltschäden sich in den armen Ländern sammeln, genießen die Wohlstandsökonomien das Endprodukt. (www.worldwatch.org/node/810)

40%

Die Kluft zwischen Arm und Reich beeinflusst das Vertrauen untereinander. In US-Bundesstaaten stieg das Misstrauen mit dem Grad der Ungleichheit. Dort lag die Vertrauensquote 2004 bei weniger als 40 Prozent. In skandinavischen Ländern war das Vertrauensniveau nach Umfragen des World Values Survey am höchsten: 66 Prozent stimmten dem Satz zu: „Den meisten Menschen kann man trauen.“ (Kate Pickett, Richard Wilkinson, Gleichheit ist Glück, 2009)

1/3

Einer von sieben Bundesbürgern lebt laut Deutschem Institut der Wirtschaft unter der Armutsschwelle. Das sind insgesamt 11,5 Millionen und rund ein Drittel mehr als vor zehn Jahren. Betroffen sind vor allem junge Menschen, Migranten, Ostdeutsche und Alleinerziehende. Fast jede dritte Armutsgefährdete konnte es sich 2009 nicht leisten, jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit einzunehmen, jeder sechste konnte seine Wohnung nicht angemessen beheizen. (DIW-Wochenbericht 7/2010; Statistisches Bundesamt, Datenreport 2011)

5¹²

Für die weltweit rund 100 000 Naturschutzgebiete geben die Staaten 10 bis 12 Milliarden US-Dollar pro Jahr aus. Nach Berechnungen von The Economics of Ecosystems and Biodiversity (TEEB) erbringen sie fünf Billionen US-Dollar jährlichen Gewinn, mehr als Auto-, Computer- und Stahlindustrie zusammen erwirtschaften. (Jessel, aaO, Bund Naturschutz in Bayern, www.bn-grasbrunn.de)

2¹²

Laut einem UN-Bericht von 2010 verursachen die 3000 größten Unternehmen der Welt durch Klimagase, Luftverschmutzung und Gewässerverschmutzungen Umweltschäden von schätzungsweise zwei Billionen US-Dollar jährlich. Die Ökonomin Claudia Kemfert berechnet die Kosten für die Behebung von Klimaschäden allein für Deutschland auf etwa 50 Milliarden Euro bis 2015. (Hermann Scheer, Der energetische Imperativ, 2010; Claudia Kemfert, Die andere Klima-Zukunft, 2008)

660

Ungleich verteilt sind die Sparzwänge in Griechenland. Ein kinderloses Ehepaar mit 100 000 Euro Jahreseinkommen muss nun 32 400 statt 31 600 Euro Steuern zahlen, also 2,6 Prozent mehr. Eine fünfköpfige Familie mit 25 000 Euro Jahreseinkommen zahlt statt 390 Euro Einkommensteuer künftig 3000 Euro, ein Anstieg von über 660 Prozent. (Gerd Höhler, Szenen wie in einem Bürgerkrieg, Tagesspiegel 21.10.11)

55%

Die Sarrazin-Debatte heizte die Fremdenfeindlichkeit in Deutschland an. Laut dem Sozialforscher Wilhelm Heitmeyer hatte sie über acht Jahre bei 25 Prozent gelegen, nach Erscheinen des Buches stieg sie auf 55 Prozent - überwiegend bei den Besserverdienenden, die Absturzüngste in der Wirtschaftskrise entwickelten. Nach einer Untersuchung der GfK sind Sarrazin-Leser zu 70 Prozent männlich und stark karriereorientiert. (Allensbach-Umfrage: Mehrheit der Deutschen halten Muslime für Last, FTD 30.9.10; Tobias Kniebe, Wer hat Angst vorm fremden Mann, Thilo Sarrazin und seine Leser, SZ 8.1.11)

5%

In Deutschland arbeiten 70 Prozent der erwerbstätigen Mütter in Teilzeit, von den Vätern sind es nur fünf Prozent. (Gleichstellungsbericht der Bundesregierung 2011)

67%

Mit den Möglichkeiten der Mitbestimmung erklärten sich 67 Prozent der Schweizer zufrieden. (Readers Digest, www.presseportal.de, 29.12.10)

30%

Gerne stärker politisch engagieren würden sich 81 Prozent der in Deutschland Lebenden und sich bei wichtigen Entscheidungen einbringen, so das Ergebnis einer Umfrage 2011. Für mehr Volksbegehren und Bürgerentscheide sprachen sich 78 Prozent aus. Bei großen Bauprojekten oder Infrastrukturmaßnahmen möchten 68 Prozent mitreden. Wofür die Steuergelder in ihrer Kommune ausgegeben werden, würden gern 47 Prozent mit Bürgerhaushalten mitbestimmen. Nur 30 Prozent der Befragten wollen indes Mitglied einer Partei werden. (Johannes Korge, Bürger drängen an die Macht, Spiegel Online 13.6.11)

23%

Durchschnittlich 23 Prozent verdienen Frauen in Deutschland weniger als Männer. (www.equalpayday.de)

10%

Weltweit produzieren Frauen rund 70 Prozent aller Nahrungsmittel, verrichten 60 Prozent aller anfallenden Arbeiten und erhalten dafür aber nur zehn Prozent des globalen Einkommens. Etwa 3/4 aller Frauen und Mädchen erleiden im Laufe ihres Lebens Gewalt und/oder sexuelle Übergriffe. (UN Women Facts, 2010)

Sozialgesetzbuch

Recht auf Teilhabe am Arbeitsleben Lobbyarbeit

Gewerkschaft **Gerechtigkeit**

Anteilnahme

Empathie

Soziales Engagement

Antirassismus
Antidiskriminierung

Emanzipation

Soziale Gerechtigkeit

Mitbestimmung

Teil/Haben

Beteiligung

Altersgerechtigkeit

Partizipation

Bürgerbeteiligung

Platzbesetzungen

Teilhabe

Occupy

Migration

Inklusion

Geschlechtergerechtigkeit

Verteilung

Gemeingut

OpenSource

Integration

Gleichheit

Vermögen

Commons

Menschenrechte

Grundgesetz

Liquid Democracy

Genossenschaft

Wissensallmende

Demokratie

Existenzsicherung

Bildung

Nachhaltiges Wirtschaften

Freiheit

ökonomie
ökologie
soziales

TeilhabeKapitalismus

Gemeinwohloökonomie

Netzneutralität

Transparenz

Informationsfreiheit

Open Innovation

Haben zum Teilhaben

Es gibt Begriffe wie Skalpelle: kalt, scharf, präzise. Es gibt auch Begriffe wie große Handtaschen: man kann viel Zeug hineinstopfen. Der Begriff der Teilhabe gleicht eher einer Dobostorte: traditionsreich, gehaltvoll, vielschichtig. Darauf muss sich eine Betrachtung des Begriffs einlassen.

Von Bernd Draser



Beginnen könnte diese Betrachtung so: Als man im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts begann, die problematischen Konsequenzen des industriellen Wirtschaftens zu diskutieren stand zunächst die beschädigte Umwelt im Mittelpunkt. Die soziale Gerechtigkeit blieb ein Diskurs der Tarifpartner und des so genannten Fürsorgeapparats, des Staates. Erst mit dem Begriff der Nachhaltigkeit, der sich in den Neunzigern zum Leitbegriff mauserte verstand man die ökologischen mit gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fragen komplex wechselwirkend zu denken. Heute nutzt man die Teilhabe zur Beschreibung der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit in ihrer Gesamtheit.

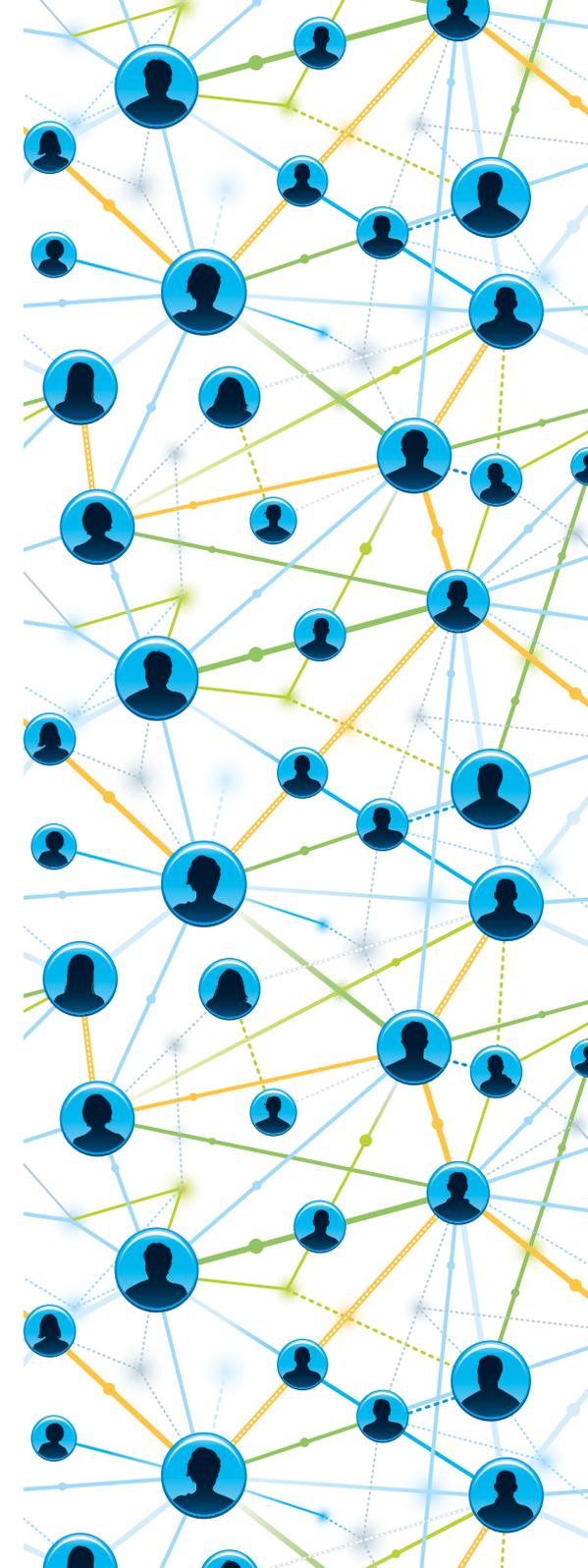
Aktuell reden wir, wenn wir Teilhabe sagen, von Vielem auf einmal: Von gesellschaftlicher und politischer Partizipation, von Existenzsicherung und Geschlechtergerechtigkeit, von Integration und Inklusion, von Bildung und seit kurzem auch von liquid democracy und Netzpolitik.

Gleichberechtigung und Gesellschaft

Zunächst etablierte sich die Rede von der Teilhabe als Strategie zur Normalisierung der Lebensumstände behinderter Menschen; dieser Gebrauch klingt aus dem neunten Sozialgesetzbuch, SGB IX, nach, wo von der Förderung der „gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gesellschaft“ und der Selbstbestimmung die Rede ist.

Nehmen wir die Teilhabe beim Wort: Das Haben klingt an, und das Teilen, oder der Teil. Was den Begriff so appetitlich macht, ist einerseits der Beiklang des Teilhabers, der als wirtschaftlicher Akteur mit anderen zusammen Eigner von Habe ist: die ökonomische Dimension; andererseits schwingt das gemeinschaftliche Teilen (*communio*) mit, sei es liturgisch, als Mitteilen (*communicatio*) oder sozialpolitisch als Umverteilen.

In der Zeit der Netzwerke erscheint Teilhabe vor allem als das Mitteilen der je eigenen Haltung im Sinne politischer Partizipation bis hin zur liquid democracy, aber auch blind und wütend im ▶



Shitstorm, der Botnet-Attacke, in Occupy Everything, im Lynch-Flashmob. Dieses Spektrum ist denkbar weit und der Differenzierung wert. Am einen Ende die Entladung in der Masse, Nicht-identisches ausschaltend, Gleichheit in der Vernichtung des Ungleicheren erhoffend.

Demokratie und Delegation

Am anderen Ende die liquid democracy, die das Paradoxon direkter Demokratie lösen will: In einer Gesellschaft, deren Komplexität inflationär anwächst, müsse gerade der Laie Experte in Allem werden. Die liquid democracy aber möchte nicht einfach nur jeden gleich laut zu Worte kommen lassen, sondern will jedem zumuten, sein Stimmrecht zu delegieren, wenn er nicht nur die eigenen Interessen vertreten, sondern auch die Expertise gegeben sieht. Das schließt die Pflicht mit ein, die eigenen (In-)Kompetenzen zu reflektieren und die eigene Stimme in einem stets im Fluss bleibenden Verfahren verständlich zu delegieren.

An dieser Stelle wird aus drei Gründen eine klassische Denkbewegung nötig, nämlich ein Blick ins antike Athen. Erstens ist das Konzept der liquid democracy, das eigene Stimmrecht nach sorgfältiger Selbstprüfung gegebenenfalls an Kompetentere zu delegieren, nichts anderes als die alte sokratische Frage nach Wissen und Nichtwissen, wobei Sokrates zum Schluss kommt, er wisse wenigstens, dass er nichts weiß, und damit entscheidend mehr als die von ihm befragten Experten. Daraus folgt als Grundbedingung für politische Partizipation die Bildung, und zwar nicht im Sinne von Expertenwissen, sondern Bildung als das Erahnen all dessen, was man nicht weiß. Bildung ist dann nicht ein Ziel von Teilhabe, sondern deren Vorbedingung.

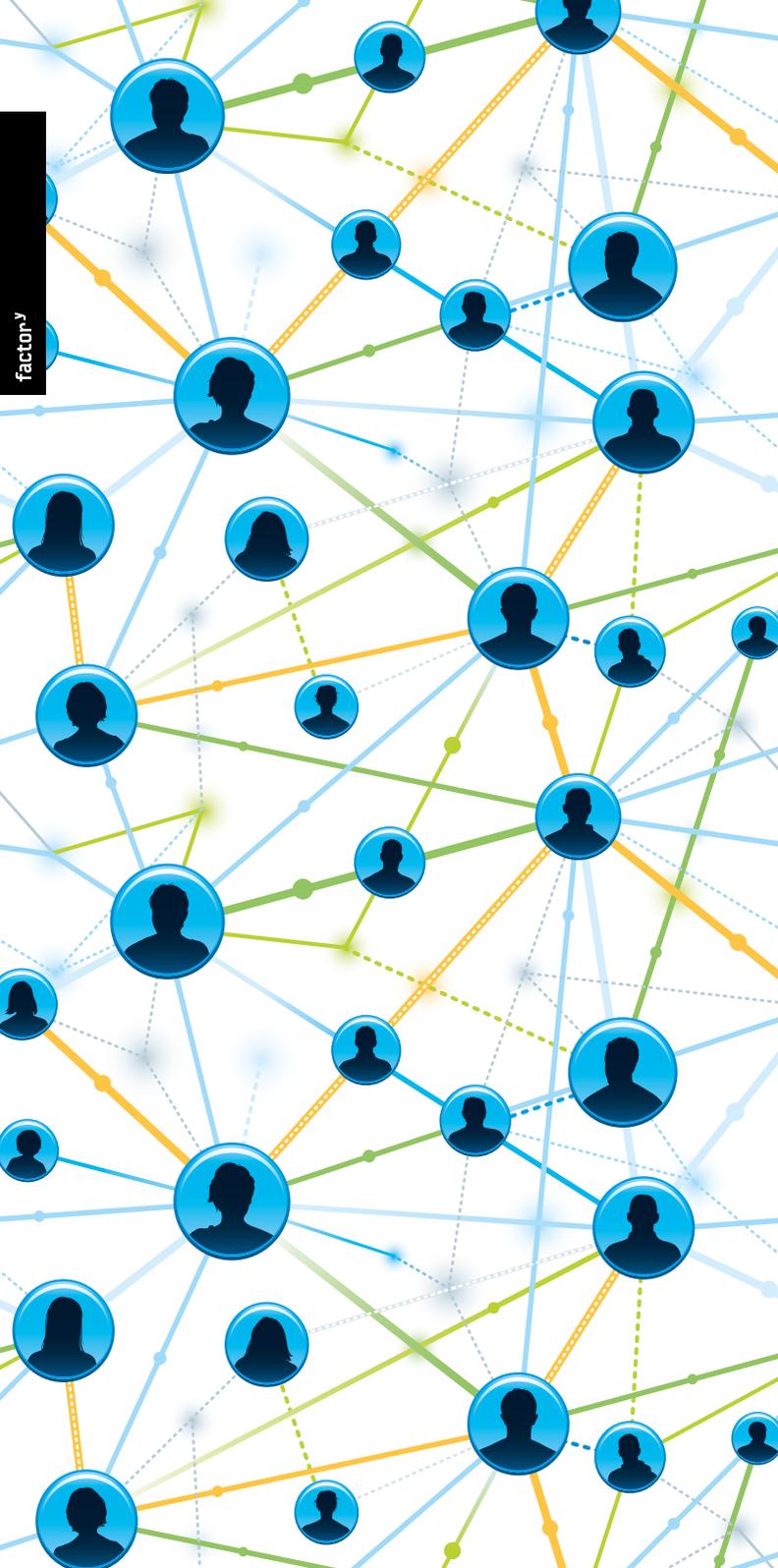
Ganzes und Wahres

Zweitens kannte Athen einen Mechanismus, der die Bürger zur politischen Partizipation motivierte: Wer sich an den demokratischen Entscheidungen beteiligte, wurde mit einer Münze, dem sprichwörtlichen obolós entlohnt, so

dass die Demokratie das nötige Publikum gewann. Das war pragmatischer gedacht als unsere Parteienfinanzierung gemäß Wählerstimmen oder die Idee vom bedingungslosen Grundeinkommen, das durch die komfortable Versorgung Freiheit für gesellschaftlichen Einsatz erst schaffen will, anstatt den erbrachten Einsatz für die öffentliche Sache zu entlohnen.

Drittens setzt der Begriff der Teilhabe ein Ganzes voraus, an dem dann Teil gehabt werden kann. Das Wahre sei das Ganze, schreibt Hegel. In der Tat ist die Rede vom Ganzen und vom Wahren die andere Seite der Rede vom Teilhaben oder Teilsein als eine ontologisch defizitäre Seinsweise. Platon bezeichnet mit Teilhabe (methexis) die Art und Weise, wie Dinge an den Ideen teilhaben. Ideen sind die abstrakten und ewig wahren Urbilder für die konkreten und endlichen, mit Mängeln behafteten Dinge, die uns umgeben und die wir selbst sind. Schon sein Schüler Aristoteles verwarf Platons Begriff von Teilhabe als eine nicht durchschaute Metapher.





Das sollte warnen. Nicht umsonst entgegnet Adorno dem Hegelschen Diktum vom Wahren und Ganzen, das Ganze sei das Unwahre. Teilhabe klingt bei Adorno meist nach Verstrickung ins Falsche: man hat teil an der Massenkultur, an der Kulturindustrie, vielleicht an Schuld: Auslöschen des Nicht-identischen, um den Teil besser ins Ganze fügen zu können. Das kann gesellschaftlich als eine paternalistische Fürsorge erscheinen, Befriedigung von Ansprüchen durch Befriedigung von Bedürfnissen.

Schichten und Unterschiede

Die Teilhabe muss aber ihre Vielschichtigkeit bewahren, denn nur so kann sie das Teilen und Haben zusammen erzählen. Unbedingt dazu gehört Subsidiarität: Dinge denen anvertrauen, deren Belang sie sind. Das hat auf der politischen und kulturellen, auch der unternehmerischen Ebene den Effekt, dass die so Betrauten die Haltung der Teilhaberschaft entwickeln: Verantwortlichkeit.

Wer dergestalt an Prozessen, Unternehmungen, Diskursen teilhat, ist nicht ein Rädchen in der Maschinerie oder von Fürsorge kaltgestellt, sondern ein sich selbst ermächtigendes Individuum, das kraft des tätigen Teilhabens politische, gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Werte schafft. Um es auf eine kurze Formel zu bringen: Teilhabe ist die Befähigung und Bereitschaft zum produktiven Handeln in komplexen Zusammenhängen. ■

»Es ist eine demokratische und inhaltliche Selbstverständlichkeit, dass die Menschen das Haus, in dem sie leben wollen, selbst planen und gestalten können.«

Bertolt Brecht

www.buergergesellschaft.de/politische-teilhabe/

Wenn Bürger sich beteiligen

Bürgerbeteiligungen, Dialogforen und Bürgerentscheide sind spätestens seit Stuttgart 21 und der Abwahl des Duisburger Oberbürgermeisters in aller Munde. Unter öffentlichem Druck lassen Parteien, Verbände und Unternehmen immer häufiger Bürger, Nachbarn und Betroffene bei Entscheidungen mitbestimmen. Die meisten Politiker und Unternehmer halten diese Form der Entscheidungsfindung jedoch immer noch für ein nichtkalkulierbares Risiko, nur wenige schätzen sie als Chance.

Von Simon Wiggen



Für Bundeskanzlerin Angela Merkel ist der „Dialog über Deutschland“ bereits nach wenigen Monaten ein voller Erfolg. Mehr als eine Million Besucher auf der Homepage haben rund 65.000 Kommentare zu knapp 10.000 Vorschlägen zur Zukunft von Deutschland hinterlassen. Bei drei Bürgerdialogen in Erfurt, Heidelberg und Bielefeld diskutierte die Kanzlerin mit je 100 Bürgern über Fragen zu Gesellschaft, Bildung und Wirtschaft. Dabei standen einerseits ganz konkrete Vorschläge zur Diskussion, wie zum Beispiel das ACTA-Abkommen, die Stärkung von Hebammen oder die Legalisierung von Cannabis. Andererseits aber auch grundsätzliche Vorschläge wie ein bedingungsloses Grundeinkommen, ein neues Schulsystem oder Diskussionen über den Islam.

Die Eingaben werden von Experten aus Wissenschaft und Praxis ausgewertet und in konkrete Handlungsempfehlungen überführt. „Das soll keine philosophische Diskussion sein, die wir hier führen“, sagt Angela Merkel. „Es geht darum, welche Vorschläge wir umsetzen können. Ich hoffe, dass da ein paar Din-

ge herauskommen, die wir ohne den Dialog nicht auf den Weg gebracht hätten.“

Mögliche Einflussnahme

Auch Professor Hans J. Lietzmann, Leiter der Forschungsstelle Bürgerbeteiligung an der Bergischen Universität Wuppertal, sieht die Bürgerbeteiligung als große Chance. „Es geht gar nicht mehr ohne“, sagt der Politikwissenschaftler. Es gehe nicht mehr um die Frage, ob Bürger beteiligt werden, sondern wie sie beteiligt werden. „Man kann den Bürgern nicht mehr fertige Entscheidungen vorsetzen. Sonst passieren solche Dinge wie in Stuttgart beim Bau des neuen Bahnhofs. Die Bürger resignieren und werden erst dann zum so genannten Wutbürger, wenn sie entweder keine Möglichkeit haben, sich zu beteiligen oder ihre Meinung keinen Einfluss auf die Entscheidung hat.“

Dabei muss Bürgerbeteiligung nicht zwangsläufig in einer Abstimmung enden. Manchmal reicht es, einen Konsens zwischen allen Beteiligten zu erzielen, und manchmal genügt sogar der Dialog, um Konflikte zu lösen. ▶



Von Anfang an

Wichtig ist bei der Bürgerbeteiligung – genau wie bei Stakeholder-Dialogen zwischen Unternehmen und Kunden, Betroffenen oder Nachbarn – eine Einbeziehung aller Interessen von Anfang an. „Wenn die Bürger nur noch Abnicken sollen, kann das nach hinten losgehen“, sagt Lietzmann. So wie Ende März in Gladbeck, wo die Stadt mit dem Bund und dem Land Nordrhein-Westfalen einen Plan für den Ausbau einer Bundesstraße zur Autobahn ausgearbeitet hatte, den die Bürger jedoch in einem Ratsbürgerentscheid ablehnten. Damit liegt das Projekt Autobahnbau bis auf weiteres auf Eis. Die Fronten sind verhärtet.

Das Risiko, dass die Masse vermeintlich konservativ entscheidet und Fortschritt verhindert, schwingt bei jeder Bürgerbeteiligung mit. Aber Demokratie bei einzelnen Projekten kann auch durchaus eine ernst zu nehmende andere Interessenslage bei den Bürgern als bei ihren politischen Vertretern unterstützen. Denn natürlich können

Bürger anderer Meinung sein als die Verwaltung oder die Investoren. Das zeigen die Proteste beim Ausbau des Frankfurter Flughafens, bei der Erweiterung des Chemieparks in Marl, beim Bau der CO₂-Pipeline von Bayer und bei der Auswahl neuer Starkstromtrassen. Aber gerade an Entscheidungen, die die Bürger direkt betreffen, müssen sie beteiligt werden. Das sind vor allem Verkehrsprojekte, sowie alle Projekte, die Emissionen wie Fluglärm oder Feinstaub nach sich ziehen. In Stuttgart erfuhren die Stadtplaner beispielsweise in Workshops – zusätzlich zu objektiven Lärmmessungen – die subjektive Lärmbelastung der Bevölkerung und deren Wünsche und Erwartungen.

Experten contra Stammtisch

„Auch in die komplexen Themen der Nachhaltigkeit und der Energiewende muss die Meinung der Bürger einfließen“, sagt Hans Lietzmann. „Denn ihr Erfolg hängt wesentlich vom Verhalten der Bürger ab.“ Wichtig sind dabei die Beteiligung und der Austausch mit Experten, sonst mutiert der Dialog zum ►



Austausch von Stammtischparolen statt zur Konsensfindung. „Je mehr der Bürger weiß, desto mehr ist er imstande, eigene Interessen für die Allgemeinheit zurückzustellen“, berichtet Lietzmann aus eigenen Forschungsprojekten. Das gelte für politische Entscheidungen genau wie für unternehmerische Investitionen.

Denn trotz aller Risiken liegen gerade für Unternehmen viele Chancen in der Bürgerbeteiligung und im Dialog mit den Stakeholdern. Auch anfangs unpopuläre Projekte können schließlich für die Betroffenen akzeptabel werden, wenn sie mitreden dürfen und ein Konsens erzielet wird. Die Bürger tragen die getroffenen Entscheidungen mit, spätere Konflikte werden so frühzeitig verhindert. Auch kleinere Unternehmen bekommen nebenbei noch ein Gespür dafür, welche Teile der Bevölkerung welche Interessen haben und von welcher Seite in Zukunft Gegenwind kommen kann. Und das beachtliche, aber oft unterschätzte Know-how einiger Stakeholder kann sogar für die Unternehmen nützlich sein. Das zeigt das

Beispiel Rottweil: Dort berieten Bürger mit Experten neun Monate lang über die zukünftige Energieversorgung eines Stadtteils. Herausgekommen ist ein 7,2 Millionen Euro teures Biogaskraftwerk mit Kraft-Wärme-Kopplung. Die Stadtwerke profitierten von der Bürgerbeteiligung, denn plötzlich schlossen sich viele Bürger dem Nahwärmenetz an. Ganz nebenbei verbesserten die Stadtwerke ihr (Öko-)Image in der Bevölkerung. ■

Simon Wiggen ist Journalist, hat Geographie studiert und arbeitet bei gemeindemenschen.de



Mr. Prosser sagte:

»Sie hatten ja durchaus das Recht zu geeigneter Zeit Vorschläge und Proteste zu äußern.«

»Zu geeigneter Zeit?« schimpfte Arthur. »Zu geeigneter Zeit? Zum erstenmal habe ich was davon gehört, als gestern ein Arbeiter bei mir aufkreuzte. Ich fragte ihn, ob er zum Fensterputzen gekommen wäre, und er sagte, nein, er sei gekommen, um das Haus abzureißen. Natürlich hat er mir das nicht gleich gesagt. Nein, erst hat er ein paar Fenster geputzt und auch noch fünf Pfund dafür verlangt. Dann erst hat er's mir gesagt.«

»Aber Mr. Dent, die Pläne lagen die letzten neun Monate im Planungsbüro aus.«

Douglas Adams

aus Douglas Adams Roman „Per Anhalter durch die Galaxis“ und verwendet in Flugblättern gegen Stuttgart 21.

Wo kämen wir hin, wenn andere entscheiden?

Bei der Komm-Bau ticken die Uhren anders. Es gibt keinen Chef, jeder arbeitet selbstverantwortlich. Teilhabe ist hier Prinzip und gehört zur Unternehmenskultur.

Von Christine Ax

„Vermögen und Einkommen zu teilen, gibt ein hohes Maß an Sicherheit und Freiheit. In welcher Lage auch immer sich jeder von uns befindet, alle haben ein Recht auf Wohnen, Bekleidung, Ernährung, Mobilität und auch ein Geldeinkommen, das außerhalb unserer Kommune ausgegeben werden kann. [...] Jeder von uns ist Teil einer auf Solidarität beruhenden Kooperation.“ So lautet das Selbstverständnis der Gründer und Teilhaber der Kommune Niederkaufungen, einer der mit 26 Jahren ältesten und bekanntesten Lebensgemeinschaften in Deutschland.

In Niederkaufungen in der Nähe von Kassel wird nicht nur gemeinsam gelebt, sondern auch gearbeitet. Zum Beispiel in der Komm-Bau GmbH, einem seit über zehn Jahren bestehenden Handwerksbetrieb mit einer Schreinerei, einer Schlosserei und einem Baubetrieb. Alle drei wirtschaften als jeweils eigenverantwortliche Unternehmen unter dem Dach einer GmbH. Das schließt die Zusammenarbeit in übergreifenden Projekten nicht aus.

Nur einen einzigen Gesellschafter hat die GmbH: Die Kommune. Es gibt keinen Chef, jeder arbeitet eigenverantwortlich, aber alle sind Teilhaber. Die Kunden können daher eine „von allen MitarbeiterInnen engagierte und verantwortungsbewusste Tätigkeit erwarten“, wirbt die Komm-Bau auf ihrer Website.



Geteilte Verantwortung

Wie organisiert sich ein solches Unternehmen? Schreinermeister Otto Hensler ist als erster am Telefon und damit zuständig für Presseanfragen. Hensler kann viel erzählen. Wie hier gearbeitet wird, das sei mit normalen Vorstellungen von der Arbeitswelt schwer vereinbar. Das Wichtigste: Es gibt keinen Chef und keine Zeiterfassung. Jeder entscheidet selbst, ob und wie viele Stunden er oder sie in der Werkstatt arbeitet. „Wo kämen wir denn hin“, sagt Otto Hensler, „wenn andere entscheiden würden, wie viel ich arbeiten muss?“

Das bedeutet aber nicht, dass bei Komm-Bau weniger gearbeitet wird. Nur anders. So wie überhaupt Arbeit eine andere Bedeutung hat. Hensler ist im Durchschnitt etwa 50 Stunden pro Woche in der Werkstatt und genießt es: „Hier habe ich nur 30 Schritte in die Werkstatt – früher waren es ▶



manchmal 30 Kilometer. Und es macht mir Spaß, Dinge herzustellen, die schön sind.“ Alle acht Wochen, wenn er Spüldienst in seiner Wohngemeinschaft hat, muss die Arbeit in der Werkstatt für ein paar Tage zurückstehen.

Andere Kollegen arbeiten nur 25 bis 30 Stunden in der Woche. Sie gehen noch weiteren Tätigkeiten nach: Kindererziehung, Muße, Kunst, Kochen, Einkaufsdienst. Alles ist gleichwertig. Dass seine Kollegen weniger schreinern als er und sich genauso viel aus der gemeinsamen Haushaltskasse nehmen, ist völlig in Ordnung für Hensler: „Es gibt hier viel zu tun. Ich profitiere sehr davon, dass andere Gemüse anbauen, kochen und Kinder großziehen. Auch wenn ich keine eigenen Kinder habe: Ich liebe es, mit Kindern zusammenzuleben.“

Genug für alle

Arbeit und Leben will Otto Hensler nicht trennen: „Ob ich das so oder so nenne, ist egal. Wenn eine Arbeit blöd ist, würde ich sie niemals 50 Stunden machen. Ich arbeite nicht nur um Geld

zu verdienen. Ich bin froh, wenn die Dinge, die ich herstelle von unserer Gemeinschaft oder anderen gebraucht werden. Das sind die Menschen, mit denen ich gerne zusammen bin.“ Bringt seine Arbeit Geld und trägt so dazu bei, die Gemeinschaft mit zu ernähren, freut es ihn. „Es geht zwar nicht direkt in meinen Geldbeutel, aber ich kann jederzeit aus der Gemeinschaftskasse nehmen, was ich brauche.“

Die laufenden Einnahmen der Kommune Niederkaufungen setzen sich aus den Löhnen und Einkünften der einzelnen Arbeitsbereiche und den Gehältern der außerhalb der Kommune Beschäftigten zusammen. Dazu kommen Honorare, Arbeitslosengeld, Kindergeld, Geschenke und weiteres. Ausgegeben wird das Geld für die Dinge des täglichen und nicht ganz so alltäglichen Bedarfs, von Autos bis Zahnpasta. Im Moment liegen die durchschnittlichen Einnahmen bei rund 935 Euro pro Monat pro Erwachsenen. Das sagt jedoch wenig über den tatsächlichen Lebensstandard aus. Denn vieles wird geteilt, durch die gemeinsame Kleiderkammer und Bib-

liothek, die gemeinsame Nutzung von Autos und Waschmaschinen und das meiste wird zu Großhandelspreisen eingekauft. Außerdem sind die Mieten niedrig.

Alle Mieten, auch die der Unternehmen, fließen in den „Investitionsstopp“ des Vereins, dem die Gebäude und die Unternehmen gehören. Aus diesem Fonds werden die notwendigen Investitionen finanziert. Jede und jeder Erwachsene kann jederzeit über Einkäufe in einer Größenordnung von bis zu 500 Euro pro Kopf entscheiden. Zwei Erwachsene können über 1000 Euro entscheiden und so fort, bis maximal 4000 Euro.

Größere Investitionen müssen mit dem Gesellschafter, der Kommune, getroffen werden. Damit stehen alle Kommunarden in der Verantwortung. Bisher war das kein Problem. Ein millionenteures, vollautomatisches CNC-Fertigungszentrum mit allem Drum und Dran stand aber auch noch nicht auf der Einkaufsliste, doch das Geschäft läuft gut. „Wir sind ein kleiner Handwerksbetrieb, der fürs Dorf arbeitet und das Umland. Wir stellen Möbel her und sind als ►

Bauschreiner gefragt“, sagt Hensler. Die Auslastung sei meist ganz gut. „Manchmal müssen wir auch schon mal was ablehnen.“

Gleichrangige Arbeit

Ist von der Komm-Bau die Rede, dann immer von einem „Arbeitsbereich“, nie von einem „Unternehmen“. „Es ist für uns nicht einfach, Leute zu finden, die unternehmerisch tätig sein wollen. Das vermisse ich hier manchmal“, bedauert Hensler. Er ist der einzige der acht Mitarbeiter der Komm-Bau, der mehr als acht Stunden täglich arbeitet und sich für Strategien und Entwicklung verantwortlich fühlt. Zudem stellt die Komm Bau aus Prinzip niemanden ein, der nicht mit ihnen lebt. Denn „Angestellte“ sind für das selbstverwaltete Unternehmen ein Problem. Stellen die Teilhaber jemanden ein, müssen sie nicht nur anders kalkulieren. „Würden wir normale Löhne in Rechnung stellen, müssen die Angestellten die Umsätze erzielen, auf deren Basis diese Löhne kalkuliert werden. Und wer hat schon Lust darauf, Kollegen zu überwachen?“, so Hensler.

Bei der Komm-Bau ganz offensichtlich niemand. So wie die Komm-Bau sind auch die anderen Arbeitsbereiche der Kommune organisiert. Insgesamt gibt es zehn von ihnen, von der Kindertagesstätte über Planungsbüro, Obstmanufaktur, Landwirtschaft, Seminarangebote bis hin zur Alten-Tagespflege ist alles dabei. Von den Einnahmen können die 60 Erwachsenen und 20 Kinder und Jugendlichen gut leben. 13 Wohngruppen gibt es, die Kinderbetreuung teilen sich mehrere Personen. Reproduktive und Erwerbsarbeit gelten als gleichrangig. Sozialversichert sind die Kommunarden über die Unternehmen oder über einen eigenen Fonds, der auch eine minimale Kommune-Rente auszahlt. Die Kommune bezeichnet sich als ökonomisch stabil. Zur Sicherung des sozialen Miteinanders und Lösung entstehender Konflikte gibt es Mediatoren. Weil alles so gut klappt, macht das Modell Schule: In Oberkaufungen entsteht am Lossehof eine zweite Kommune, die noch Teilnehmer sucht. ■

Christine Ax ist Autorin und Beraterin für Nachhaltige Entwicklung, Handwerk und Regionale Ökonomien im Büro für zukunftsfähige Entwicklung und Kommunikation, Berlin.



»Eine Studie der OECD belegt, dass die geplante „Herdprämie“ nicht nur Frauen vom Arbeitsmarkt fernhält, sondern die Integration von Frauen mit Migrationshintergrund erschwert.

... Die Gelder, die die Herdprämie verschlingt, sind viel nutzbringender in den Ausbau von Kindertagesstätten und die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern angelegt. Und einer positiven Wirkung auf die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund kann bei der Aussicht auf gemeinsames Spielen und Lernen niemand widersprechen..«

Caren Lay, Mitglied des Bundestages, Die Linke

zur Kritik der OECD an den deutschen Plänen für ein Betreuungsgeld am 11.06.12.

Gleiches Geld für gleiche Arbeit

Gleiche Rechte sind die Grundlage für selbstbestimmte Teilhabe. Die Praxis der Geschlechtergerechtigkeit sieht jedoch düster aus: Frauen verdienen in Deutschland im Durchschnitt ein Viertel weniger als Männer. Ein Standpunkt Henrike von Platen, Präsidentin Business and Professional Women Germany für factory.



Die Zahlen erschrecken uns jedes Jahr aufs Neue: 23 Prozent verdienen Frauen hierzulande weniger als Männer. Damit liegt die Bundesrepublik im EU-Vergleich auf einem der letzten Plätze. Wie kann das sein – 55 Jahre nach Unterzeichnung des Grundsatzes der Entgeltgleichheit in den Römischen Verträgen? Frauen sind heute so gut ausgebildet wie noch nie. Doch bereits Hochschulabsolventinnen verdienen weniger als ihre männlichen Kommilitonen. Die Ursachen für den „Gender Pay Gap“ sind vielfältig. Frauen fehlen zum Beispiel in den Top-Positionen der deutschen Wirtschaft und arbeiten häufiger als Männer im Niedriglohnssektor. Typische Frauenberufe weisen ein geringeres Gehaltsniveau auf.

Weil es auch an Kinderbetreuungsmöglichkeiten fehlt, unterbrechen Frauen ihre Erwerbstätigkeit häufiger als Männer. Die Teilzeitquote ist in Deutschland besonders hoch – und führt Frauen meist aufs berufliche Abstellgleis. Hinzu kommt, dass Ehegattensplitting, kostenfreie Mitversicherung in der Krankenkasse und das geplante Betreuungsgeld

Frauen einen Anreiz bieten, im Rollenbild der geringfügigen Hinzuverdienerin verhaftet zu bleiben.

Schöne Aussichten

Die Auswirkungen der Lohnlücke sind fatal: Der Entgeltunterschied von 23 Prozent wächst im Laufe eines Frauenerwerbslebens zu einer Rentenlücke von sage und schreibe 59 Prozent an. Frauen erwerben im Lebensverlauf weniger Vermögen und sind in besonderem Maße von Altersarmut bedroht. Man mag sich gar nicht ausmalen, welche Herausforderung da auf die Sozialkassen zukommt. Denn jede fünfte Frau in Deutschland ist heute bereits Familienernährerin und auf eine gerechte Bezahlung und existenzsichernde Rente angewiesen.

Ohne Quote keine Änderung

Um ein Bewusstsein für diese Problematik zu schaffen, die Ursachen anzugehen und die Verantwortlichen in die Pflicht zu nehmen, werden wir auch im nächsten Jahr wieder den Equal Pay Day, den ►



Aktionstag für gleiche Bezahlung für Frauen und Männer, durchführen. Außerdem fordern wir eine Frauenquote, um die männliche Monokultur in den oberen Etagen der großen deutschen Unternehmen aufzubrechen. Ohne eine gesetzliche Regelung wird sich, wie wir insbesondere in den vergangenen zehn Jahren feststellen konnten, nichts tun. Als Mitinitiatorin der Berliner Erklärung stehe auch ich ein für die Umsetzung des staatlichen Gleichstellungsgebotes nach Art. 3 Absatz 2 des Grundgesetzes: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Genau das fordern wir ein – nicht mehr, aber bestimmt auch nicht weniger. ■



Henrike von Platen ist selbständige Unternehmensberaterin und Präsidentin des Verbands der Business and Professional Women (BPW) Germany.

Zum Equal Pay Day

2008 wurde der Equal Pay Day auf Initiative des BPW Germany erstmals in Deutschland durchgeführt. Entstanden ist der „Tag für gleiche Bezahlung“ in den USA. Initiatorinnen waren die amerikanischen Business and Professional Women (BPW/USA), die 1988 die „Red Purse Campaign“ ins Leben riefen, um auf die bestehende Lohnlücke hinzuweisen. Am Equal Pay Day 2011 nahmen in Deutschland 90.000 Frauen und Männer an rund 370 Veranstaltungen dazu teil.

Seit 2009 errechnet sich das Datum des Equal Pay Day aus aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamts. Der Equal Pay Day ist demnach der Tag, bis zu dem Frauen im Schnitt länger arbeiten müssen, um rein rechnerisch genauso viel Geld verdient zu haben wie Männer bereits am Ende des Vorjahres. Der nächste Equal Pay Day findet am 25. März 2013 statt.

www.equalpayday.de



Zu BPW Germany

Mit 42 Clubs und rund 1.800 Mitgliedern sind die Business and Professional Women (BPW) Germany eines der größten und ältesten Berufsnetzwerke für angestellte und selbständige Frauen in Deutschland. Der in den 30er Jahren entstandene und nach der Auflösung unter den Nationalsozialisten 1951 neu gegründete gemeinnützige Verband unterstützt berufstätige Frauen auf vielfältige Weise: Neben persönlichem Austausch, Vorträgen, Tagungen und Mentoring leistet das Netzwerk politisch-gesellschaftliche Lobbyarbeit auf nationaler und internationaler Ebene und engagiert sich für humanitäre Zwecke. www.bpw-germany.de

»Der am weitesten verbreitete Ansatz, die Lebensqualität in einer Nation zu messen, war bisher derjenige, einfach nach dem Pro-Kopf-Einkommen zu fragen. Dieser Ansatz versucht, alle interkulturellen Aussagen darüber, was Wert hat, zu umgehen – obwohl er, wohlgemerkt, von Reichtum als universalem Wert ausgeht. Was er auslöst, ist jedoch viel bedeutsamer. Es wird überhaupt nichts über die Verteilung von Einkommen und Vermögen gesagt, und Länder mit ähnlichen Gesamtzahlen können starke Abweichungen in der Verteilung aufweisen. Im Roman *Hard Times* von Charles Dickens hat das Zirkuskind Sissy Jupe das Problem der fehlenden normativen Betrachtung der Verteilung klar erkannt:

Sie sagt, dass der ökonomische Ansatz ihr keine Auskunft darüber gibt, „who has got the money and whether any of it is mine“.«

Martha Nussbaum

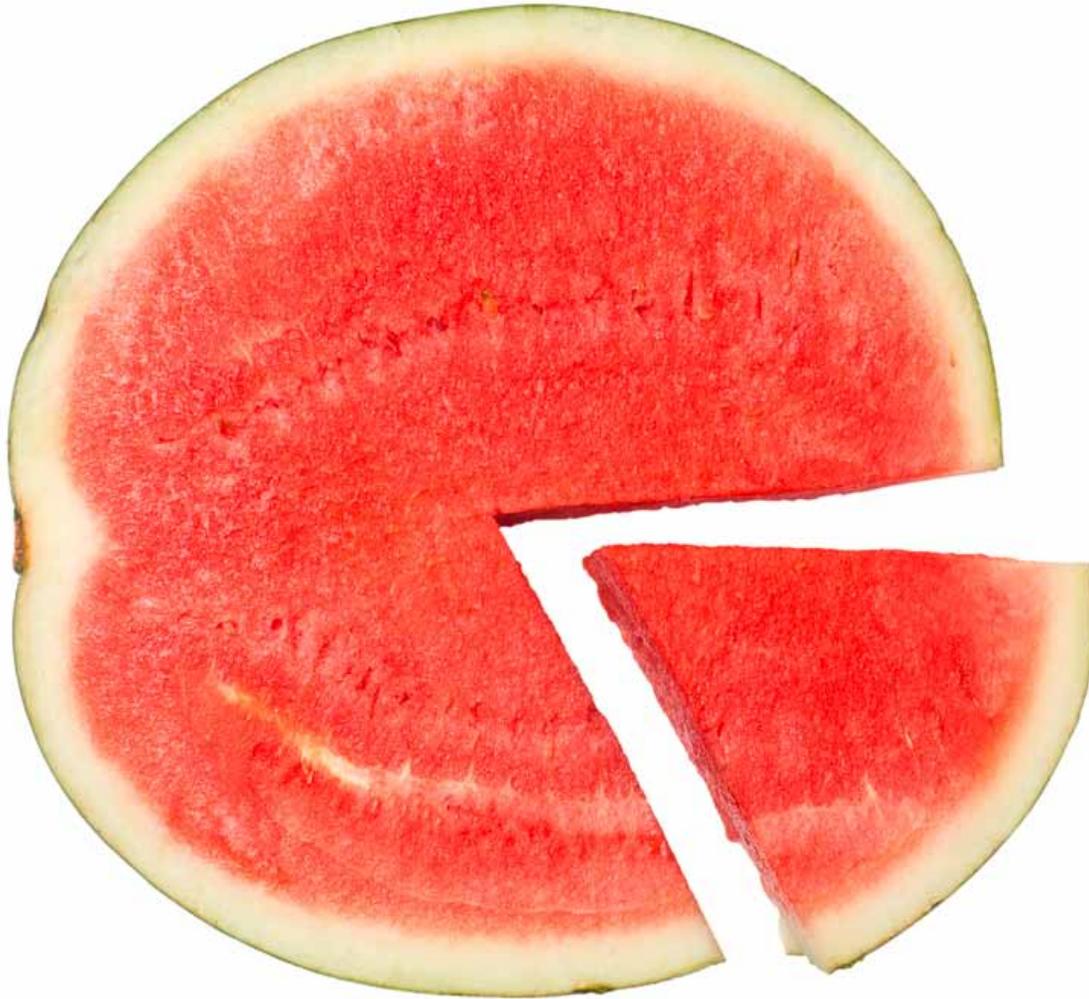
Frauen und Arbeit – Der Fähigkeitsansatz, MARTHA C. NUSSBAUM, *zfwu* 4/1 (2003), 8-31; Übersetzung des Textes von Nussbaum, Martha (2000): *Women and Work. The Capabilities Approach*, in: *The Little Magazine* 1, Heft 1: 26-37.

Mit Anteilen gegen die Krise

Geldanlagen sind in Zeiten von Weltwirtschafts- und Eurokrise für viele ein Albtraum. Erst kürzlich hat das Institut der Deutschen Wirtschaft die Abschaffung der Riester-Rente gefordert, weil sie nur für diejenigen Sinn mache, die über 90 Jahre alt werden. Wo also kann man heute sinnvoll und sicher investieren?

Von Christine Ax





Investieren Sie doch da, wo es schon immer sinnvoll war: In der Region! Das ist heute problemlos möglich. Die „Regionalwert AG“ in Freiburg und die „Bürger AG für nachhaltiges Wirtschaften FrankfurtRheinMain“ sind solche neuen Beteiligungsgesellschaften. Sie sammeln Geld von Bürgern und investieren dieses in regionale Wertschöpfungsketten. Aber auch traditionelle Unternehmen legen regionale Beteiligungsfonds auf, wie die Sparkasse und die Stadtwerke Bochum. Mit dem „KlimaBrief“ unterstützen Anteilseigner den Aufbau erneuerbarer Energieanlagen vor Ort.

Beispiel Regionalwert AG: Christian Hiß, Sprecher der AG, hat das Unternehmen vor drei Jahren gegründet. 500 Aktionäre, die Anteilseigner, haben seitdem zwei Millionen Euro eingelegt, das die AG in Grund und Boden und Unternehmen investiert. Die so finanzierten Betriebe haben alle etwas mit ökologischem Landbau oder der Weiterverarbeitung und Vermarktung von Bioprodukten zu tun. Zwei junge Landwirte werden dabei unterstützt, einen Biohof zu finden und zu betreiben, das Unternehmen „troki Manufaktur“ stellt Trockenobst und -gemüse her und es gibt die „Grüne Kiste“. Befüllt wird die grüne Kiste unter anderem mit dem Gemüse aus einer Gärtnerei, die der Regionalwert AG gehört und mit dem Obst eines Biobauern, in die Regionalwert AG investiert hat. ►

Als zweiter Absatzweg bietet sich den Produzenten der Bioläden an, der auch zur Regionalwert AG gehört. Dort arbeitet Marlene Svedas und ist begeistert: „Ich finde es richtig, dass man da tut, macht und kauft, wo man daheim ist.“

Die Regionalwert AG hat inzwischen auch an anderen Orten Schule gemacht. Im Oktober 2011 entstand die „Bürger AG für nachhaltiges Wirtschaften FrankfurtRheinMain“. Auch sie will einen Beitrag in der Region und für die Region leisten. Zwei große Projekte werden von der Bürger AG inzwischen finanziert und mitbetrieben.

Das Hofgut Fleckenbühl in Cölbe bei Marburg ist eines davon. Der 260 Hektar große Demeterhof nimmt seit 1984 auch Menschen in jeder Lebenssituation auf und hilft ihnen suchtfrei zu leben. Mehr als 210 Bewohner arbeiten dort oder durchlaufen eine Ausbildung. Fleckenbühl produziert Brotspezialitäten, Käse in unzähligen Variationen, sowie Fleisch und Wurst. Mit dem Kapital der Bürger AG soll eine Mutterkuhherde mit 30 Tieren gekauft und in die Fleischverarbeitung sowie die Bäckerei investiert werden.

Das zweite Regionalwert-Projekt ist der Familienbetrieb „Ackerlei“ in der Nähe von Frankfurt. Er betreibt auf 35 Hektar biologischen Gemüseanbau. Weitere 40 Hektar konventionelle Flächen sollen dort in den nächsten Jahren hinzu kommen und nach Bioland-Richtlinien umgestellt werden. Mit dieser Gesamtfläche wird nicht nur der ökologische Landbau in der Region wachsen, sondern auch der Familienbetrieb langfristig gesichert. Damit werden 20 Arbeitsplätze im Anbau und





© Richard Griffin, Shutterstock

der Direktvermarktung ebenfalls krisenfester - und neue Arbeitsplätze sind schon in Planung.

Der KlimaBrief der Bochumer Stadtwerke und der örtlichen Sparkasse ist ein weiteres Erfolgsbeispiel. Die Planungen dazu gab es schon vor der Reaktor-katastrophe von Fukushima. Als der Beteiligungsfonds im April 2011 erschien, war er innerhalb von drei Stunden ausverkauft, berichtet Thomas Schönberg, Pressesprecher der Stadtwerke Bochum. Mit mindestens 1500 und maximal 10000 Euro pro Anteilseigner stehen so vier Millionen Euro über fünf Jahre für Investitionen zur Verfügung.

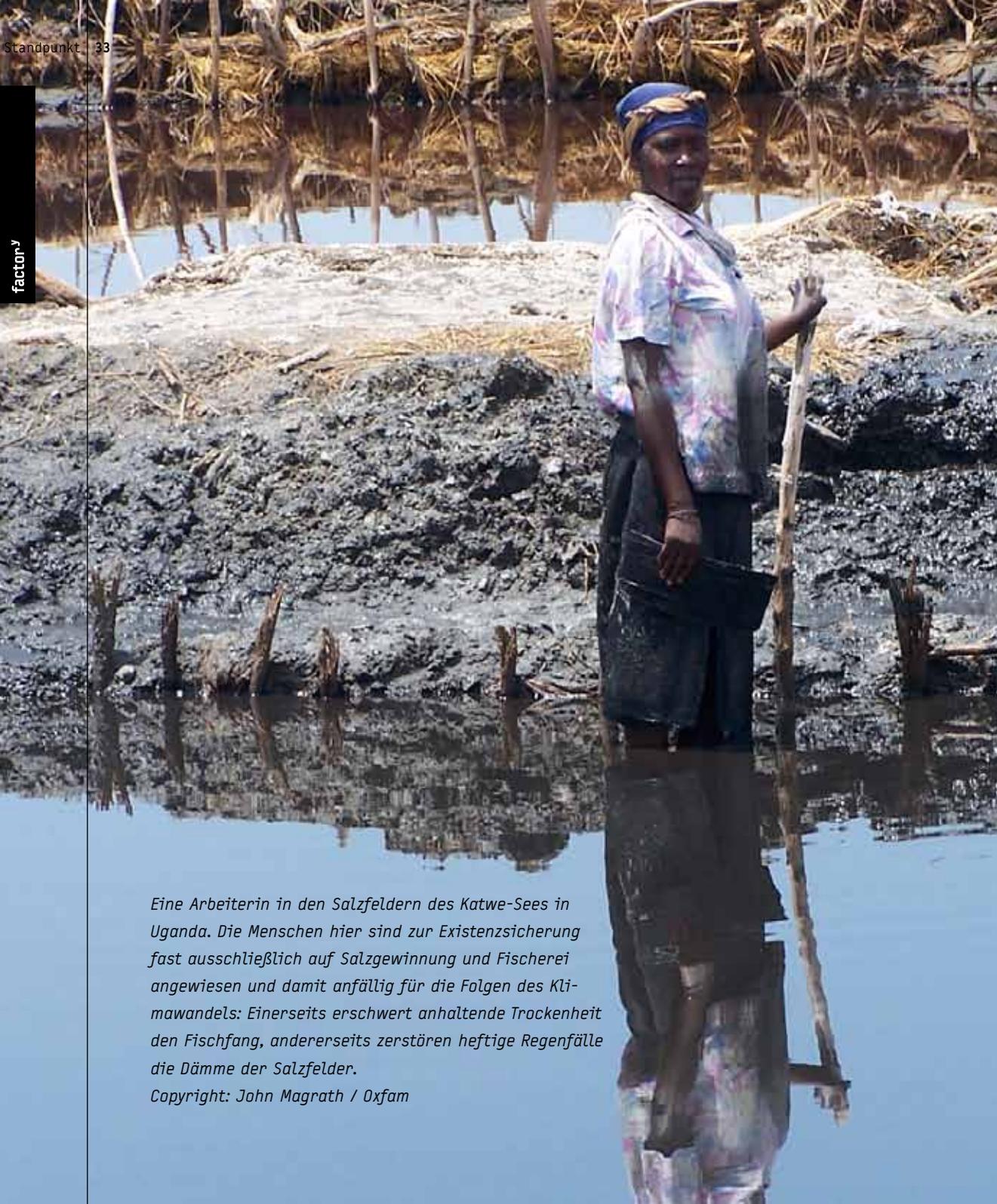
Ein erstes Projekt ist bereits realisiert: 309 Solarmodule auf Wohngebäuden der städtischen Wohnungsgesellschaft erzeugen pro Jahr mehr als 60000 Kilowattstunden sauberen Strom. Die öffentlichen Unternehmen genießen offenbar großes Vertrauen, vermutet Schönberg. „Den Kunden geht es nicht nur um die gute Verzinsung von 3,7 Prozent, sondern auch um die gute, regionale Sache.“ Und vor den Folgen rein profitorientierter Investoren bleiben die teilhabenden Bürger verschont. „Wir haben nur Bochumer Bürger angesprochen.“ ■

»If you want to see which way a country is headed, look at the country's budget and how it allocates resources for women and children.«

Pregs Govender, South Africa

Feministische Aktivistin und Autorin von „Love and Courage. A Story of Insubordination“, Mitglied des südafrikanischen Parlaments.

www.partizipation.at/part_budget_en.html www.partizipation.at/part_budget_en.html



Eine Arbeiterin in den Salzfeldern des Katwe-Sees in Uganda. Die Menschen hier sind zur Existenzsicherung fast ausschließlich auf Salzgewinnung und Fischerei angewiesen und damit anfällig für die Folgen des Klimawandels: Einerseits erschwert anhaltende Trockenheit den Fischfang, andererseits zerstören heftige Regenfälle die Dämme der Salzfelder.

Copyright: John Magrath / Oxfam

Mikrokredite helfen. Oder nicht?

Eines ist sicher: Für die Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben benötigen Menschen Geld. Mikrokredite sollen dort helfen, wo Kleinunternehmer und insbesondere Frauen nicht genügend davon haben. Damit können sie Armut lindern, aber auch Abhängigkeiten vergrößern. Ein Pro und Contra.

Von Christa Wichterich und Martin Herrndorf

Mikrokredite sind kein Allheilmittel, aber ...

... ein wichtiger Bestandteil in umfassenden Strategien zur Armutsbekämpfung.

Die Pro-Position von Martin Herrndorf.

Die Begeisterung war groß: Mit Hilfe von Mikrokrediten sollten vor allem Frauen in Entwicklungsländern von hilfsbedürftigen Opfern zu aktiven Kleinunternehmern werden. Die naive Illusion über die Wirkung von Mikrokrediten ist einer anderen Wirklichkeit gewichen. Beigetragen haben dazu mit Sicherheit die Exzesse im Mikrokreditwesen: Die schnelle Expansion, multiple Kredite an den gleichen Kreditnehmer, dubiose Praktiken beim Krediteintreiben und der zeitweise Zusammenbruch des Sektors, vor allem im indischen Bundesstaat Andra Pradesh.

Trotzdem: Mikrokredite und das hinter ihnen stehende Prinzip der marktbasierter Armutsbekämpfung sind wichtige Bestandteile von umfassenden Strategien für gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe.

Arme Haushalte müssen bei stark schwankenden Einnahmen regelmäßige tägliche Ausgaben, langfristige Investitionen wie Haus(aus)bau, Hochzeiten oder Geschäftsausstattung und überraschende Sonderausgaben wie Krankenhausaufenthalte oder Beerdigungen bewältigen. „Finanzielle Tagebücher“ zum Beispiel in Südafrika oder Bangladesch haben gezeigt auf welche vielfältige und komplexe Weise das geschieht. Sie sparen und leihen sich Geld – von Nachbarn, Kollegen und Freunden, in Spargruppen (sogenannten Roscas, rotierenden Kredit- und Sparvereinen), von Geldverleihern, Händlern und Zulieferern und, ja, von Mikrofinanz-Institutionen. ▶



Die Lebensbedingungen in der DR Kongo sind besonders schwierig. Seit 1998 sind fünf Millionen Menschen durch Krieg und Vertreibung ums Leben gekommen. Bei seinem Besuch in der DR Kongo leitete der britische Fotograf Ian Rankin 2009 eine Reihe von Foto-Workshops mit ca. 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Das Thema: Geliebte Menschen und Dinge. Copyright: Oxfam



Eine Frau bewässert ihre Felder. Oxfam stellt in den ländlichen Gebieten für viele Familien an die klimatischen Bedingungen angepasstes Hirse- und Bohnensaatgut bereit.

Copyright: Emily Subden / Oxfam

Dabei haben formelle Mikrokredite Vor- und Nachteile. Vor allem wegen der Planbarkeit und der Verlässlichkeit des Zugangs sind sie informellen Mechanismen überlegen. Aber auch durch die Möglichkeit, größere Summen für die „missing middle“ zwischen Kleinstunternehmertum und wirklicher Gründung zu finanzieren, schneiden sie gut ab. Vorteile gibt es auch bei den Kreditzinsen. Die Zinsen, oft bis zu 45 Prozent im Jahr, sind weitaus niedriger als die Zinsen von Geldverleihern, die auch 50 Prozent „bis Monatsende“ betragen können. Und sie spiegeln die hohen Kosten für dezentrale Vertriebs-Strukturen in Entwicklungsländern und die wöchentlichen Tilgungszahlungen wider.

Um ihr Potenzial voll entfalten zu können, müssen Mikrokredite verstärkt mit Instrumenten wie Mikro-Sparen, Mikro-Versicherungen und Mikro-Transaktionen gebündelt werden. Wichtig ist zudem die Vernetzung mit Programmen zur Beschäftigungsförderung von Kleinproduzenten mit Abnehmern und Exporteuren sowie der Aufbau von Marktstrukturen. Auch die lokale Politik ist gefragt: Wie jeder Markt braucht der Mikrokredit-Markt Infrastruktur, wie öffentliche Kreditbüros, Kundenaufklärung und Regulierungen.

Letztendlich zählen andere Faktoren bei der Reduzierung von Armut: Frieden, Sicherheit, Bildung, Gesundheit, Good Governance. Aber Mikrokredite können die Teilhabe von vorher ausgeschlossenen gesellschaftlichen Gruppen an einer allgemeinen positiven Entwicklung fördern – oder die negativen Auswirkungen fehlender Rahmenbedingungen wenigstens zum Teil ausgleichen. ►

Martin Herrndorf hat über Mikroversicherungen promoviert und arbeitet für die Universität St.Gallen in der Schweiz und das Endeava Institut in Berlin

Kleine Kredite und der große Mythos ...

... von Teilhabe und Armutsbekämpfung.
Die Contra-Position von Christa Wichterich

Frauen brauchen Teilhabe an der Wirtschaft, am Markt, an der Wertschöpfung, am Wohlstand. Arme Frauen erst recht. Mikrokredite versprechen diese Teilhabe. Sie galten als entwicklungspolitisches Patentrezept, um Frauen zu „empowern“ und Armut zu bekämpfen. Die Grameen-Bank von Nobelpreisträger Mohammed Yunus in Bangladesh stand Pate dafür, die Mikrokredite mit einer „einkommensschaffenden Tätigkeit“ zu verkoppeln, damit die Frauen sich am eigenen Schopf aus der Armut ziehen können. Die hohe Rückzahlungsmoral der Frauen von 98 % begründete ihren Siegeszug um die Welt. Eine Fehlannahme war allerdings, dass arme Frauen das Mini-Darlehen gleich produktiv investieren würden. Die meisten Frauen nutzten den Kredit für die Begleichung anderer Schulden, für Notfälle wie eine Operation, für Gebrauchsgüter oder Hochzeiten. Der Kredit verhinderte, dass sie noch tiefer in die Armut abrutschten. Zurückzahlen konnten sie ihn davon aber nicht. Wo er unternehmerisch investiert wurde, mussten sie oft lange auf Gewinne warten.

Die brauchen sie aber. Denn die erste Rate ist schnell fällig, und die Zinsen sind heftig, zwischen 20 und 40 Prozent. Der Rückzahlungsdruck verschärfte sich seit kommerzielle ▶



*Meron holt Wasser von einem von Oxfam errichteten Brunnen in Kotido/ Uganda. Geringere Regenfälle – eine Folge des Klimawandels – verringern die Ernteerträge und die Vielfalt der angebauten Nutzpflanzen.
Copyright: Jane Beesley*



Nolmaai bei einem Mitgliedertreffen von Oxfams Partner Inkidemi. Die Organisation unterstützt Frauen darin, existierende Kleingewerbe zu erfolgreichen Geschäftsmodellen zu vernetzen und dadurch nicht nur ihre familiäre Rolle zu stärken, sondern auch sozialen und politischen Einfluss zu gewinnen. Malambo, Tanzania. Copyright: Geoff Sayer/Oxfam

Die Bilder in diesem Artikel entstanden in Projekten von Oxfam.

Oxfam Deutschland e.V. ist eine unabhängige Hilfs- und Entwicklungsorganisation. Der Slogan „Für eine gerechte Welt. Ohne Armut.“ steht für die Überzeugung, dass Armut und Ungerechtigkeit vermeidbar sind und überwunden werden können. Die Organisation setzt sich ein für eine Welt, in der die Grundrechte jedes Menschen gesichert sind: Das Recht auf nachhaltige Erwerbsgrundlagen, auf funktionierende Gesundheits- und Bildungssysteme, auf ein Leben in Sicherheit, darauf, gehört zu werden und auf freie Entfaltung der Persönlichkeit.

Im internationalen Verbund Oxfam kooperieren 17 nationale Oxfam-Organisationen mit über 3.000 lokalen Partnern in fast 100 Ländern.

www.oxfam.de

Finanzdienstleister Mikrofinanzierung als riesiges Geschäftsfeld ausbauen. In Indien verdrängten speziell gegründete Mikrofinanzinstitutionen die sozial motivierten Frauengruppen der frühen Jahre. Sie verzeichneten irre Wachstumsraten und fuhren Hyperprofite ein. Die Agenten jagten sich die Kundinnen gegenseitig ab, um Erfolgsprämien zu kassieren. Bei der derart kommerzialisierten Kreditvergabe geht es um Rendite, nicht um Frauen-Empowerment, Selbstorganisation oder Solidarität. Hinter der hohen Rückzahlungsquote verbarg sich eine hohe Verschuldung. Um die Rückzahlungen prompt leisten zu können, nahmen die Frauen mehrere Kredite von mehreren Anbietern auf und gingen zusätzlich noch zum lokalen Geldverleiher. Zwar gewannen viele Anerkennung und Verhandlungsmacht in der Familie und gegenüber Behörden. Doch der ökonomische Nutzen oder die Teilhabe am Wohlstandsgewinn war gering. Im Herbst 2010 platzte die Blase in Indien: Die Rückzahlungsquoten brachen ein, über 50 Frauen nahmen sich das Leben, die Industrie geriet in Liquiditäts- und Legitimationsprobleme.

Fazit: Die Mikrokredite sind überwiegend zu einem Mittel neoliberalen Armutsmanagements verkommen. Die ökonomischen Machtstrukturen, die Armut erzeugen, lassen sie unberührt. Und sie politisieren die Armen nicht, gemeinsam für ihre Rechte zu streiten, im Gegenteil: sie ermuntern sie, auf den Märkten gegeneinander zu konkurrieren. ■

Christa Wichterich ist Soziologin und arbeitet zu Globalisierung und Geschlechter, Frauenbewegungen und Internationaler Frauenpolitik.

»In der Präambel zu Teil III der 1992 in Rio de Janeiro verabschiedeten Agenda 21 ist die „echte Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen“ aufgeführt, und eine „echte gesellschaftliche Partnerschaft zur Unterstützung der gemeinsamen Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung“ wird angestrebt..

Interessant ist das Wort ,echt'. Kann es auch ,unechte' Beteiligung geben?

Wenn beispielsweise im Zuge der Stadt- oder Umweltplanung erst geplant wird und anschließend die Pläne öffentlich ausgelegt werden – ist das ,echte' oder ,unechte' Beteiligung? Wenn die Reformierung des Sozialstaats Expertenkommissionen überlassen wird – ist das ,echte' Beteiligung, weil das Expertenwissen der Zivilgesellschaft einbezogen wird, oder ist das ,unechte', um nicht zu sagen ,Anti'-Beteiligung, weil sich die Arbeit der Kommissionen der parlamentarischen Kontrolle entzieht?«

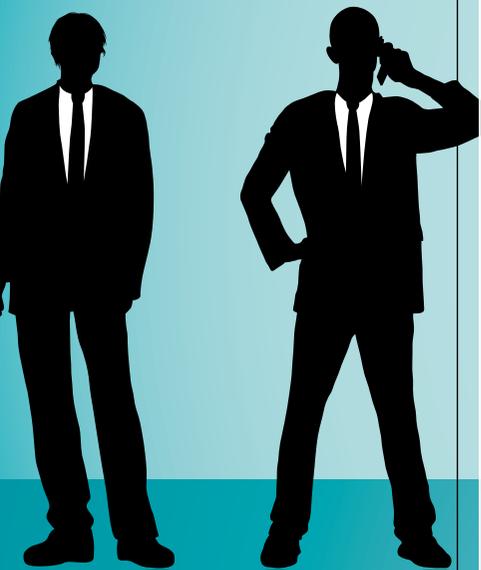
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

aus: „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte.“ Eine Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland und Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst (Hrsg.), Frankfurt/Main: Fischer

Chefs auf dem Prüfstand

Teilhabe mal ganz anders: Normalerweise treffen Vorgesetzte mit ihren Mitarbeitern Zielvereinbarungen. Im Unternehmen „Dorfinstallateur“ ist es umgekehrt. Hier stellen die Mitarbeiter die Chefs auf den Prüfstand. Am Ende eines 360-Grad-Mitarbeiter-Feedbacks treffen die „Angestellten“ Zielvereinbarungen mit den Inhabern und kontrollieren später, ob diese ihren Job gut gemacht und ihre Versprechen gehalten haben.

Von Christine Ax



Beim Unternehmen Dorfinstallateur im österreichischen Vorarlberg steht die Hierarchie Kopf. Die Umkehr der Kontrolle ist das Prinzip nicht etwa in einer alternativen Arbeitsgemeinschaft oder in einer basisdemokratischen Genossenschaft. „Dorfinstallateur“ ist ein „ganz normales“, noch dazu erfolgreiches Unternehmen mit über hundert Mitarbeitern, vier Standorten und knapp 18 Millionen Euro Umsatz. Seit vielen Jahren wird hier ein in jeder Hinsicht einmaliges Beteiligungsmodell praktiziert. Dazu gehört auch Transparenz nach innen und außen. In den „Dorf-News“, der monatlich erscheinenden Mitarbeiterzeitung, die jeder im Internet lesen kann, steht zum Beispiel auch, dass die Dorfinstallateur-Teams im letzten Monat Aufträge für 2,1 Millionen Euro akquiriert haben – und wer welchen Beitrag dazu geleistet hat.

Das Teilen von Zuständigkeiten ist dabei Konzept. Das Unternehmen besteht aus zehn selbständig arbeitenden Profiteams. Jedes Team agiert als „Unternehmen im Unternehmen“ mit hoher Eigenverantwortung. Die gemeinsame Zentrale, das Proficenter, sorgt dafür, dass sich die Teams und ihre Leitung ganz auf die Kunden und die Abwicklung der Aufträge konzentrieren können. Im Proficenter gibt es eine gemeinsame Planungsabteilung. Sie übernimmt das Controlling, Marketing, die Arbeitsvorbereitung, Warenwirtschaft, Lagerverwaltung und unterstützt die interne Kommunikation.

Anders als bei normalen Franchise-Systemen wackelt hier aber nicht „der Schwanz mit dem Hund“. Es sind die Teamleiter und die Mitarbeiter, die aus der Perspektive ihrer täglichen Praxis ihre Wünsche und Anforderungen an die Leitungsebene und an die Zentrale formulieren. Die Leitungsebene muss sich an diesen Anforderungen der Basis messen lassen.



Gesellschafter gibt es ebenso viele wie Teams. Wer ein Team leiten möchte, muss sich um diesen Job bewerben und eine Art internes „Assessment“ durchlaufen. Am Ende entscheidet die Gemeinschaft, wem zuzutrauen ist, dass er oder sie diese Führungsaufgabe wirklich erfolgreich übernehmen kann. Das ist auch das Modell bei Gore, dem weltbekannten Hersteller von Goretex und anderen Teflon-basierter Textilmaterialien. Hier bestimmen Arbeitsgruppen ebenfalls ihre Teamleiter selbst, unabhängig von Ausbildung oder Titel (siehe factory 1-2012).

Außerordentliche Leistungen werden seit 1983 bei den „Dorfis“ außerordentlich bezahlt. Das ist Teil der Unternehmensphilosophie. Soziale und ökologische Themen spielen darin eine wichtige Rolle. So war Firmengründer Andreas Feuerstein einer der ersten Unternehmer in Österreich, der sich mit regenerativen Energien beschäftigte. In Sachen Weiterbildung teilen die Mitarbeiter ebenfalls. Selbst wachstumskritische Kongresse besuchen einige von ihnen inzwischen und teilen anschließend das Wissen mit den anderen, entweder durch einen Workshop oder einen Bericht in den Dorf-News.

In diesem Sommer will Dorfinstallateur erstmals eine „Gemeinwohlbilanz“ vorlegen. Im Sinne von Christan Felbers „Gemeinwohlökonomie“ möchten die Dorfinstallateure „dass es allen gut geht, dass nachhaltig gewirtschaftet wird, dass wir Ressourcen und Umwelt schonen und dass nicht einige Wenige die Welt durch ihr Kapital beherrschen“. Damit schließt sich Dorfinstallateur einer Bewegung an, der in Österreich bereits über 100 Pionierunternehmen folgen. Nachhaltig, aber anders – und mit Beteiligung. ■



»Gesellschaftliche Entwicklung kennt zwei „Gangarten“: sozialen Wandel im Rahmen eines sozioökonomischen Entwicklungsmodells und Umbruchsphasen, in denen sich Wirtschaftsweise und Lebensweise grundlegend ändern. Die deutsche Gesellschaft durchläuft eine solche Umbruchsphase.

Unsichere Erwerbsbeteiligung, zunehmende Vielfalt der Geschlechterarrangements im Haushalt, zunehmende soziale Selektivität des vorsorgeorientierten deutschen Sozial(versicherungs)staats und zunehmende Bildungsungleichheit

stellen den für das „deutsche Modell“ der Nachkriegsjahrzehnte typischen Teilhabemodus in Frage.

Soziale Ungleichheit und Vielfalt, Stabilität und Turbulenz in den Lebensverläufen nehmen gleichermaßen zu.«



© Bundesarchiv, Bild 183-574506 / CC-BY-SA



© Bundesarchiv, Bild 183-33278-0001 / CC-BY-SA

Genossen für Energie und Region!

2012 ist das Internationale Jahr der Genossenschaften, zumindest laut UN. Die Teilhaber-Gemeinschaften sind ideal für das nachhaltige Wirtschaften. Tatsächlich gibt es in Deutschland einen Gründungsboom in den Bereichen Energie und Regionalisierung.

Von Christine Ax

Die Vereinten Nationen haben 2012 zum Internationalen Jahr der Genossenschaften ausgerufen. So wollen sie auf die weltweite Bedeutung von Genossenschaften aufmerksam machen und deren Beitrag für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Welt. „Genossenschaften erinnern die Internationale Gemeinschaft daran, dass es möglich ist, Wirtschaftlichkeit und soziale Verantwortung miteinander zu verbinden“ erklärt UNO-Generalsekretär Ban-Ki Moon.

Die Verbindung entsteht durch ihre Struktur: In Genossenschaftsunternehmen sind alle Mitglieder Teilhaber, das Eigenkapital wächst mit ihren Anteilen. Die wichtigsten Entscheidungen treffen sie selbst, auf der jährlichen Mitglieder- oder Genossenschaftsversammlung. Die Teilhaber-Gemeinschaften sind daher ideal für ein nachhaltiges Wirtschaften, das sich an langfristigen und Ressourcen-erhaltenden Zielen statt an hohen ökonomischen Gewinnen orientiert.

In Deutschland, einem Land mit großer Genossenschaftstradition, genießt die Genossenschaftsbewegung gegenwärtig wieder kräftigen Aufwind. Ökologische und soziale Themen spielen bei vielen Neugründungen eine wichtige Rolle. Die Website www.neue-genossenschaften.de liefert einen guten Überblick über das aktuelle Genossenschaftsgeschehen. So wurden allein im April diesen Jahres 16 neue Unternehmen ins Genossenschaftsregister eingetragen. Zehn von ihnen stellen regenerative Energien gemeinschaftlich her oder nutzen sie. Vier Neugründungen fördern die Regionalisierung. ►



© Bundesarchiv, Bild 183-37202-0001 / Wllocka; Wehse / CC-BY-SA

Mitgestalten, mitentscheiden

In zahlreichen Bürgergruppen, Gemeinderäten oder lokalen Wirtschaftsunternehmen haben sich in den letzten drei Jahrzehnten Menschen entschlossen, Erneuerbare-Energien-Projekte gemeinschaftlich in ihrer Region zu verwirklichen. Energiegenossenschaften sind als Organisationsform beliebt, weil sie vielfältige Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen.

Jüngstes Beispiel: Die Raiffeisenbank Krumbach gründet in diesen Tagen eine neue Genossenschaft. Bei einem Bürgerentscheid hatte sich im September 2011 eine klare Mehrheit für den Bau eines Solarfeldes im Süden des Ortsteils Niederrau- nau ausgesprochen. Manche von ihnen hatten den Wunsch geäußert, auch Anteile an der Photovoltaikanlage zu erwerben. Jetzt wird die Raiffeisenbank die Anteilsscheine an der Genossenschaft „PV-Park Niederrau- nau e.G.“ den Bürgern zum Kauf anbieten. Damit können die Bürgergenossen mitentscheiden und mitgestalten.

Gemacht für geteilte Verantwortung

Allen Genossenschaften ist gemein, dass die Mitglieder zugleich Eigentümer und Kunden ihrer Genossenschaft sind. Das so genannte Identitätsprinzip unterscheidet eine Genossenschaft von allen anderen Formen der kooperativen Zusammenarbeit. Die genossenschaftliche Gruppe vereint mit ihren 20 Millionen Mitgliedern fast ein Viertel der deutschen Bevölkerung. Mehr als 800 000 Menschen arbeiten in der Genossenschaftsorganisation.

Die rund 7 500 Genossenschaften – darunter 1 138 Volksbanken und Raiffeisenbanken, rund 2 000 Wohnungsgenossenschaften, 2 604 landwirtschaftliche und 1 622 gewerbliche Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften sowie 219 Konsumgenossenschaften – sind eine treibende Kraft in Wirtschaft und Gesellschaft. So setzen sich Genossenschaften für das Thema „Wohnen im Alter“ ein, fördern die dezentrale Verbreitung erneuerbarer Energien, tragen vor allem im ländlichen Raum zu einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung bei, übernehmen kommunale Aufgaben oder organisieren die Nahversorgung. ■



»Wir Deutschen haben nichts gegen Ausländer, ganz im Gegenteil. Wir hätten gern etwas gegen Ausländer.«

Volker Pispers

in einer 3sat-Comedy-Sendung im August 2006, www.youtube.com/watch?v=U0JRFYZDHG8

factory ist das Magazin für Nachhaltiges Wirtschaften

factory steht für industrielle Produktion und Fabrik, aber auch für den Faktor Y, um den sich der Ressourcenverbrauch ändern muss, damit nachfolgende Generationen gleiche Bedingungen vorfinden. Dieses Nachhaltigkeitsverständnis schließt ein, dass es um alle Aspekte Nachhaltigen Wirtschaftens geht, also neben Produktion und Dienstleistungen auch um die Seite des Konsums.

factory will dazu beitragen, die Bedeutung der Unternehmen bei der Verwirklichung einer Nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft deutlich zu machen und Wirtschaftsakteure in die gesellschaftliche Debatte einzubinden. Es geht dabei um eine ressourceneffiziente Wirtschaftsweise und die Herausbildung nachhaltiger Produktions- und Konsummuster.

factory erscheint kostenlos viermal im Jahr als PDF-Magazin und im Netz unter www.factory-magazin.de

factory – Magazin für Nachhaltiges Wirtschaften
ISSN 1860-6229, 8. Jahrgang Ausgabe 2.2012

Redaktion:

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV:
Ralf Bindel
Am Varenholt 123
Tel. 0234-9799513
rb@factory-magazin.de

Anzeigen:

rabe - medienbüro
Tel. 0234-9799513
www.rabebuero.de
Es gilt die Anzeigenpreisliste 1.2012

Herausgeber:

Aachener Stiftung Kathy Beys
Schmiedstraße 3,
52062 Aachen
Tel. 0241-40929-0, Fax -20
info@aachener-stiftung.de
www.aachener-stiftung.de

Effizienz-Agentur NRW

Dr.-Hammacher-Straße 49
47119 Duisburg
Tel.: 0203-37879-30
efa@efanrw.de
www.efanrw.de

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH
Döppersberg 19, 42103 Wuppertal
Tel 0202-2492-0, Fax -108
info@wupperinst.org
www.wupperinst.org

Gestaltung:

Konzept: Oktober Kommunikationsdesign GmbH, Bochum
www.oktober.de

Umsetzung:

ubb Kommunikation, Bochum

Die Beiträge in factory geben nicht zwingend die Meinung der Herausgeber wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Materialien ist die Redaktion dankbar, übernimmt aber keine Gewähr. Das Copyright liegt bei den jeweiligen Autoren beziehungsweise der Redaktion; Nachdruck oder Vervielfältigung (auch auszugsweise) erlaubt bei Nennung des Autors und Link auf www.factory-magazin.de.

Mehr lesen und mehr Service im Netz

Abonnieren Sie unseren Newsletter, informieren Sie sich über aktuelle News und Termine, Lesen Sie einzelne Beiträge und nutzen Sie weitere Service-Angebote. Folgen Sie uns bei Facebook und Twitter und verbreiten Sie factory und die Idee des Nachhaltigen Wirtschaftens weiter.



- ▶ www.factory-magazin.de
- ▶ Abonnieren Sie unseren Newsletter

Bequem. Grün. Von hier.



Fernwärme**Komfort**

Ob Eigenheim oder Mehrfamilienhaus: Wärme ist nicht gleich Wärme. Wirtschaftlich sollte sie sein, einfach zu handhaben und so energieeffizient wie möglich. All das bietet Ihnen die Fernwärme der Stadtwerke Bochum. Sie ist kostengünstig, komfortabel und klimaschonend. Und wir erzeugen sie ganz in Ihrer Nähe.

Der Clou: Weil unsere Fernwärme so eine saubere Sache ist, erfüllen Sie mit ihr automatisch die gesetzliche Forderung nach dem Einsatz erneuerbarer Energien! Stellen Sie jetzt einfach auf FernwärmeKomfort um oder lassen Sie sich ganz neu ans Fernwärmenetz anschließen. Wir beraten Sie gerne.

Infos unter 0234 960 3737
www.stadtwerke-bochum.de

STADTWERKE
BOCHUM 